

## Wandel, Wende, Werte - vom Zusammenhang zwischen Klimawandel und Extremismus

- Vortrag im Rahmen der Gedenkfeier anlässlich des 81. Todestages von Eugen Bolz

-

am 23. Januar 2026 in der Zehnscheuer Rottenburg

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Bastian Kaiser

sehr geehrte Frau Kipfer,  
sehr geehrter Herr Dr. Greis,  
sehr geehrte Herr Oberbürgermeister Neher,  
liebe Schülerinnen und Schüler des Eugen-Bolz-Gymnasiums,  
sehr geehrte Festversammlung,

zunächst bedanke ich ganz herzlich dafür, dass ich heute den zentralen Vortrag in dieser Veranstaltung halten darf. Das ist mir eine große Ehre.

Als ich mich noch vor der Sommerpause mit den Veranstalterinnen und Veranstaltern des heutigen Abends auf das Thema und den Titel meines Vortrags verständigt habe, konnten wir alle nicht ahnen, dass dies Veranstaltung und das Erinnern an den Ehrenbürger unserer Stadt Eugen Bolz noch wichtiger werden würde, als sie es ohnehin schon immer waren. Und wir konnten auch nicht wissen, dass mein Thema heute aktueller ist als es noch im Frühjahr gewesen wäre.

Der Titel meines Vortrags lautet: „Wandel, Wende, Werte - vom Zusammenhang zwischen Klimawandel und Extremismus“ und ich war bei diesem Vorschlag davon ausgegangen, dass wir uns mehr oder weniger rasch darauf verständigen können, was wir unter dem Begriff „Extremismus“ verstehen wollen oder sollen und ich mich dagegen ausführlicher mit der Frage beschäftigen sollte, was eigentlich der oder ein Klimawandel – und was daran politisch ist.

Es kam anders: Mir scheint, dass sich in diesen Tagen und Wochen das Extreme in der Politik rascher verändert als das Klima. Darauf komme ich später nochmal zurück.

### Vorbemerkungen

Erlauben Sie mir bitte als Einstieg ein paar Vorbemerkungen:

**Erstens** möchte ich vorausschicken, dass ich weder ein Extremismusforscher bin, noch bin ich genau das, was man gemeinhin unter einem Klimaforscher versteht. Ich bin (nur) ein ökonomisch-orientierter, politisch denkender Forstwissenschaftler.

Mit anderen Worten: ein meinungsstarker Universal-Dilettant oder – um es positiv auszudrücken – ein sich einmischender Generalist. Damit müssen Sie nun klarkommen.

**Zweitens** muss ich alle enttäuschen, die sich nun, nach den freundlichen Begrüßungsworten von Herrn Dr. Greis und Oberbürgermeister Neher sowie den sehr schönen musikalischen Beiträgen von Sara Mattheas und Sinja Schöllmann und der gelungenen thematischen Einführung des Geografiekurses von Herrn Eichholz, auf einen Vortrag mit PowerPoint-Unterstützung, beeindruckenden Naturbildern, schönen Waldbildern oder zumindest auf ein „schaurig-schönes Wiedersehen“ mit schmelzenden Gletschern oder alarmierender Grafiken der CO<sub>2</sub>-Anreicherung in der Atmosphäre gefreut haben. Nein, ich halte einen Wortvortrag, ganz ohne Bilder, weil ich mich sehr freuen würde, wenn Sie alle zuhören und finde, dass Zuhören die wichtigste Voraussetzung dafür ist, miteinander im Gespräch zu bleiben.

**Drittens** – das haben wir so abgesprochen – erwartet Sie heute Abend kein wissenschaftlicher Vortrag im engeren Sinne, sondern ein auf eigenen Erkenntnissen sowie auf Erkenntnissen anderer – und in diesem Sinne evidenzbasierter, aber dennoch subjektiver Diskursbeitrag. Der Diskurs ist der „Motor“ für jeden Erkenntnisgewinn und ist deshalb in der Wissenschaft ein wichtiges und eingeübtes Verfahren, um gemeinsam weiterzukommen. Subjektive, aber dennoch nicht aus der Luft gegriffene Diskursbeiträge sind eigentlich auch der klassische und bewährte Weg zur Entscheidungsfindung in Demokratien und demokratischen Strukturen. Während der lösungsorientierte Streit in der Wissenschaft im besten Falle zu neuen Erkenntnissen führt, führt er in der Demokratie zu Kompromissen.

Meinen Denkanstoß, diskutiere ich gerne mit allen, die zuhören und mitdenken – die sich also ihre eigenen Gedanken machen und so zu ihren eigenen, begründeten Standpunkten kommen. Gerne auch gleich nachher im Anschluss.

Nicht so gerne diskutiere ich mit Leuten, die nicht zuhören, nicht mit- und nicht nachdenken und deshalb weder Argumente für ihre eigene Position haben, noch sich mit meinen Ansichten argumentativ auseinandersetzen können.

Solche Leute sind heute Abend aber selbstverständlich gar nicht hier. Sie begegnen mir jedoch immer öfter, wenn ich öffentliche Vorträge halte. Diskussionen – also den respektvollen, konstruktiven Streit mit mitdenkenden Zuhörerinnen und Zuhörern schätze ich sehr, weil wir alle voneinander lernen können. Denkfehler sind in einem solchen Diskurs nicht schlimm oder schlecht, sondern vielleicht sogar das Salz in der Suppe jeden konstruktiven Streits. Für den Diskurs schädlich sind dagegen Fehler und unbedachte Folgerungen, die nicht auf eigenem Denken basieren, sondern auf schlichtem, unkritischem Kopieren und Übernehmen von Parolen, Behauptungen oder Inhalten Dritter. Man spricht heutzutage auch vom „Teilen von Contents“. Ich nenne solche Fehler inzwischen „Nicht-Denkfehler“.

Die können übrigens jeder und jedem von uns passieren, weil wir verführbar und bequem sind. Und sie passieren uns vor allem dann, wenn wir uns in einer Sache sicher sind – zu sicher. Das trifft auch auf viele Debatten zum Thema Klimawandel zu. Die einen sind ganz sicher zu wissen, was genau man darunter versteht, woran man ihn misst, dass es ihn gibt und dass die Menschheit durch ihr Verhalten aktiv zu seiner Beschleunigung beiträgt. Die anderen sind sich ganz sicher, dass es ihn nicht gibt und falls doch, dann aber ganz bestimmt nicht aufgrund menschlichen Verhaltens.

Genau hier liegt aber ein Problem: Über Zusammenhänge, die uns vermeintlich klar sind, von denen wir unverrückbar überzeugt sind, denken wir nicht mehr (genug) nach und machen deshalb Fehler, die eben keine „Denkfehler“ sind, sondern „Nicht-Denk-Fehler“,

Machen wir dazu zwei kleine Proben (zum Mitmachen):

1. Schließen Sie bitte die Augen.

Ich nenne Ihnen gleich einen Begriff und Sie merken sich, was Sie in dem Moment vor Ihrem geistigen Auge sehen – was Sie also mit diesem Begriff assoziieren.

Der Begriff lautet „Förster“. Ich behaupte zu wissen, was die allermeisten von Ihnen in diesem Moment „gesehen“ haben: grün, Hut, Dackel, Flinte, Kniebundhose, (Geländewagen), Mann.

2. Machen wir noch eine zweite eine Probe:

Schließen Sie bitte noch einmal die Augen und sagen Sie mir nachher die Lösung folgender Aufgabe: Was gibt  $100 - 1$ ? Richtig – das ergibt 99!

Vermutlich sind Sie jetzt schon etwas vorsichtiger geworden.

3. Lassen Sie mich trotzdem bitte noch eine kleine, ebenso einfache Rechenaufgabe nachschieben: Wir haben uns eben darauf verständigt, dass  $100 - 1 = 99$  ergibt. Dann können Sie jetzt auch folgende Frage leicht beantworten: Was gibt  $44 + 45$ ?

Vermutlich ergibt das bei einigen von Ihnen (irrtümlicherweise) auch 99

Dieses kleine Beispiel zeigt, wie verführbar wir sind, wenn wir uns in einer Sache zu sicher fühlen. Dann nämlich werden wir unvorsichtig, bequem und unpräzise:

Das kennt man. Das weiß man. Das hinterfragt man nicht. Ein Baum ist ein Baum. Ein Wald ist ein Wald. Ein Förster ist ein Förster: Grün, Hut, Dackel, Kniebundhose, Flinte, Geländewagen, Mann!

## Begriffsbestimmungen – erster Teil

Und damit, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, bin ich mitten in meinem Thema: Wissen wir wirklich, was man unter „Extremismus“ versteht? Könnten wir den Begriff „Klimawandel“ definieren oder zumindest mit eigenen Worten beschreiben?

Tatsächlich handelt es sich dabei um Begriffe, die der Freiburger Germanist Uwe Pörksen (Vater von Bernhard Pörksen) wahrscheinlich als „Plastikwörter“ bezeichnen würde. Dabei handelt es sich um Begriffe, die ursprünglich aus Fachsprachen wissenschaftlicher Fachdisziplinen kamen, dann in den allgemeinen Sprachgebrauch Eingang fanden und dort eine Art Inhaltsverschleierung, manchmal sogar einen Inhaltsverlust oder eine weitgehende Individualisierung ihrer Interpretation erfuhren. Beispiele dafür sind die Begriffe „Krise“, „Stress“, „Bio-Ökonomie“, „Quantensprung“, „sozioökonomisch“ oder auch „Nachhaltigkeit“.

Solche Plastikwörter sind gerade in der politischen Rede sehr beliebt, weil man davon ausgehen kann, durch ihre Verwendung eine breite Zustimmung im Auditorium zu erzielen. Wenn ich zum Beispiel sage, dass mir sehr an einer nachhaltigen Behandlung unserer Wälder liegt, werden mir die meisten von Ihnen zustimmen. Es ist aber fraglich, ob wir alle dasselbe unter einer nachhaltigen Behandlung verstehen. Damit ist dann aber auch fraglich, ob alle im

Saal, die eben zustimmen genickt haben, tatsächlich mir und meiner Auffassung zustimmen oder dem, was sie selbst für nachhaltig halten.

Damit uns das heute nicht passiert, möchte ich nun einige Begriffe einführen, die für ein möglichst einheitliches Verständnis meines Vortrags wichtig sind. Solche Begriffsbestimmungen oder Arbeitsdefinitionen sind übrigens, neben dem Zuhören und Mitdenken, eine dritte Bedingung für das Gelingen von Diskursen.

### ***Klimawandel und Klima-Leugner***

Ich beginne mit dem Begriff, den ich im Vorfeld für den schwierigeren hielt, nun aber eher kurzhalten möchte – mit dem Begriff „Klimawandel“. Unter „Klima“ versteht man vereinfacht gesagt, das über längere Zeiträume (mind. 30 Jahre) mit meteorologischen Methoden gemessene und beschriebene „Durchschnittswetter“ in einer sinnvoll abgegrenzten geografischen Region.

Tatsächlich war das Klima in der Erdgeschichte nie unveränderlich. Zum Beispiel aus der Analyse von Bohrkernen aus dem „ewigen Eis“ oder aus (früheren) Permafrostböden wissen wir, dass es immer schon einen Wechsel zwischen Warm- und Kaltzeiten, sog. „Eiszeiten“, gab und dass es auch innerhalb solcher Perioden wechselnde Dynamiken gab. Insbesondere weiß man recht gut über Temperaturveränderungen Bescheid.

Wenn man heute also in einem politischen Kontext vom „Klimawandel“ spricht, dann geht es nicht um die Sorge um bzw. um die Frage ob sich das Klima – also das Durchschnittswetter über längere Beobachtungszeiten – verändert, sondern es geht

- entweder um die zunehmende Dynamik solcher Veränderungen - um deren größere Ausschläge in immer kürzerer Zeit
- oder um die Bedeutung des Verhaltens der Menschen für die Veränderungen an sich und/oder für die zunehmende Dynamik. Ist der Klimawandel von „Menschen gemacht“ (anthropogen)?

Selbst die meisten Personen und Organisationen, die man gemeinhin als „Klima-Leugner“ bezeichnet, zweifeln überwiegend nicht daran, dass sich das Klima über längere Zeiträume verändert. Sicher haben Sie entsprechende Wortmeldungen auch schon gehört – zum Beispiel: „Das Klima hat sich immer schon verändert. Das ist nichts Neues und ganz normal.“ Die meisten der Klimaleugner ignorieren jedoch, dass sich die Veränderungen immer deutlicher und in immer kürzeren Zeiträumen ereignen. Und viele von ihnen glauben nicht, dass wir Menschen irgendeinen Einfluss auf das Klima haben.

In der wissenschaftlichen Community gibt es an beiden Thesen jedoch keinen Zweifel mehr. Gestritten wird allenfalls

- über die genauen Wirkmechanismen
- und darüber, ob wir die richtigen Veränderungen beobachten, um daraus kluge, möglichst wirksame Schlüsse ziehen zu können.

Auch das kennen Sie – so wird zum Beispiel darüber gestritten,

- welcher Kennwert der wichtigste und der für politisch relevanten Fragen passende Indikator ist
- und wer darüber entscheiden sollte, welcher Indikator oder welcher Indikatoren-Mix als Entscheidungsgrundlage anerkannt und herangezogen wird.

Beispielsweise schneidet der Dieselmotor im Vergleich zu Benzinern deutlich schlechter ab, wenn man die NO<sub>x</sub>-Emissionen ansieht als wenn man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß betrachtet. Dass es noch mehr klimaschädliche Gase gibt, zeigt auch die aktuelle Diskussion um Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>), das mutmaßlich aus einer Produktion der Firma Solvay in Bad Wimpfen entwichen ist.

Diese Beispiele zeigen, dass der Diskurs über den Klimawandel und das Monitoring des Wandels längst kein rein wissenschaftliches Thema mehr ist, sondern auch ein politisches.

Noch bis vor wenigen Jahren gab es auch unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchaus einen Streit darüber,

- ob sich der Klimawandel stetig vollzieht
- oder ob der von mir sehr geschätzte Kollege und Gründer des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Hans Joachim („John“) Schellnhuber recht hat.

Er hat nämlich schon früh darauf hingewiesen, dass sich einige der von seinem Institut über viele Jahre beobachteten Klimakennwerte auf Punkte zubewegen, die er „Kippunkte“ nennt. Solche Kippunkte sind Veränderungsstadien, ab denen es vermutlich kein Zurück mehr gibt – „Points of no return“. Nach seiner Überzeugung sind Kippunkte also disruptive Erscheinungen. Er beschreibt das schon seit vielen Jahren an einem Kennwert, der es erst seit kurzer Zeit in die öffentliche Wahrnehmung geschafft hat – an der steigenden Durchschnittstemperatur unserer Weltmeere. Nicht zuletzt wegen der hohen Vorhersage-Erfolge der Potsdamer Kolleginnen und Kollegen wird in der Wissenschaftswelt inzwischen kaum noch bestritten, dass sie (leider) mit ihrer These richtig liegen. Die Meerestemperatur ist zum Beispiel ursächlich für extreme Niederschlagsereignisse in den subtropischen Ländern, für die Verschiebung der Regen- und Trockenzeiten in den Tropen, die Ablenkung der Passatwinde und damit auch für das Phänomen „El Niño“.

Und schließlich wird unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch darüber gestritten,

- was wir konkret tun können, sollten und müssten, um dem Klimawandel seine Dynamik zu nehmen.

Wir müssen ihn bremsen, weil sich Tiere und Pflanzen angesichts des hohen Tempos des Temperaturanstiegs nicht mehr selbst an die Veränderungen anpassen können. Was früher, bei stetigen, nicht sprunghaften und weniger steil verlaufenden Veränderungen noch funktioniert hat, ist inzwischen sehr unwahrscheinlich geworden. Das gilt übrigens auch für die Klimaanpassung von uns Menschen. Kommunen sind dabei, Schattenspender in ihre Straßen zu bringen, Kühlinseln zu etablieren, Tiny-Wälder zu pflanzen und öffentliche Trinkstellen einzurichten. Kliniken und Pflegeeinrichtungen stellen sich auf eine zunehmende Zahl vor allem älterer und kranker Menschen ein, die in den Hitzeperioden Hilfe brauchen. Und erste Häuslebauer im Schwäbischen lassen als Maßnahme der Sturmsicherung die Firstreihe ihrer Dachziegel nicht mehr einfach lose auflegen, sondern mit Gips „festkleben“.

Die öffentliche Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Folgen ist übrigens ein vergleichsweise „junges Thema“: Die erste UN-Klimakonferenz der sog. Vertragsstaaten, die das Kyoto-Protokoll (1997/2005) unterzeichnet hatten, fand 1995 in Berlin statt und wurde „COP 1“ genannt (Conference of the Parties, COP). Davor gab es seit 1979 schon Konferenzen der Weltorganisation für Meteorologie. Die letzte COP – die COP 30 – fand vor kurzem in Belém in Brasilien statt. Vielleicht erinnern Sie sich daran? Bundeskanzler Friedrich Merz ist dort gewesen.

Das alleine zeigt schon, dass die Beschäftigung mit dem Klimawandel, unsere Einstellung dazu und unser Umgang damit längst Themen der internationalen und der nationalen Politik geworden sind. Weitere äußere Zeichen dafür waren unter anderem

- 1971 das Parteiprogramm der FDP („Freiburger Thesen“), das dem Umweltschutz erstmals eine wichtige Bedeutung beimaß,
- Das war ein Jahr vor der „UN-Konferenz für Umwelt des Menschen“ in Stockholm, die 1972 stattfand,
- am 16. März 1980 – also in ihrem Gründungsjahr - zogen die GRÜNEN mit 5,3 Prozent in Baden-Württemberg erstmals in das Parlament eines Flächenlandes ein,
- am 6. März 1983 der erstmalige Einzug der GRÜNEN in den Deutschen Bundestag (seit 1957 wieder eine vierte Fraktion),
- am 6. Juni 1986 – nur 40 Tage nach dem Reaktor-Unglück in Tschernobyl - die Einrichtung eines Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der Regierung Kohl (BM Walter Wallmann, BM Klaus Töpfer, BM Angela Merkel, BM Jürgen Trittin, .....BM Sigmar Gabriel, .....CDU 200 Monate, GRÜNE 125 Monate, SPD 104 Monate,  $\Sigma$  429 Monate),
- 1992 die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro
- und spätestens seit der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris ging es nicht mehr so sehr um die Klärung der Frage, was da mit unserem Klima geschieht, sondern darum, wie wir dem entgegenwirken können.

## **Politik**

Der Klimawandel hat sich als relevantes Thema also aus der Wissenschaft heraus in die Gesellschaft und Politik hineinbewegt. Er ist so längst zu einem Politikfeld geworden.

Unter Politik verstehen wir alle Bemühungen zur Regelung des öffentlichen Zusammenlebens von Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinschaft. Viele dieser Regelungen haben auch Einfluss auf das private Leben. Um solche Regelungen treffen zu können, muss sich die Politik in einer demokratischen Staatsform auch in der Meinungs- und die Willensbildung als Vorstufen von Entscheidungsfindungen engagieren. Die Entscheidungen selbst werden in einer Demokratie dann auf der Basis des Willens der Mehrheit getroffen.

Es geht also um drei verschiedene Teilbereiche, für die das Englische auch drei verschiedene Begriffe kennt: Strukturen (Polity), Prozesse (Politics) und Inhalte (Policy). Ähnlich kann man im BROCKHAUS (1903, Bd. 13, S. 236) nachlesen:

„Politik ist die Lehre von den Staatszwecken und den besten Mitteln (Einrichtungen, Formen, Tätigkeiten) zu ihrer Verwirklichung.“

### **Parteien**

Eine wichtige Rolle in den Politikprozessen spielen die politischen Parteien. Auf der Internetseite der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Lpb 2025) findet man folgende Definition dazu:

„Parteien sind Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsame Interessen und politische Vorstellungen haben. Durch Wahlen können Parteien politische Macht in Parlamenten und Regierungen gewinnen, um ihre politischen Ziele zu verwirklichen.

Durch ihre Stimme geben Bürgerinnen und Bürger den Parteien auf Zeit die Legitimation zur Teilhabe an der politischen Willensbildung. Je mehr Wählerinnen- und Wählerstimmen Parteien gewinnen, desto größer ist ihr politischer Einfluss.

Im Unterschied zu Interessensverbänden und Bürgerinitiativen übernehmen Parteien politische Verantwortung, indem ihre Mitglieder Ämter in Parlamenten und Regierungen anstreben, sie bekleiden oder in der Opposition Politik betreiben.“

Indem sich die Parteien darum bemühen, von uns unsere Stimmen für eine Legislaturperiode delegiert zu bekommen, versuchen sie logischerweise auch, sich voneinander zu unterscheiden, sich voneinander abzugrenzen. Das tun sie in Wahlkämpfen, in Partei-, Wahl- oder Regierungsprogrammen, in öffentlichen Auftritten ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten und in Debatten. Da Institutionen und Organisationen weder einen eigenen Willen haben, noch Entscheidungen treffen können, werden die Parteien überwiegend über Personen wahrgenommen, die sie repräsentieren oder von ihnen unterstützt werden. Insofern wählen wir – je nach Wahlsystem – nicht nur Parteien und ihr Wahlprogramm, sondern auch Personen.

*(M)Eine persönliche Anmerkung dazu:*

*Es war jedenfalls lange mein persönlicher Eindruck, dass wir bei unserer Stimmabgabe bei demokratischen Wahlen in unserem Land zumindest auch Personen gewählt haben. Heute nehme ich wahr, dass offenbar auch „Parteien“ gewählt werden, von denen die Wählerinnen und Wähler gar nicht wissen, wer das Mandat im Erfolgsfalle ausüben würde.*

*Ich halte das für eine Art „politisches Blind-Date“ und durchaus für riskant, weil das Delegieren meines politischen Willens auf Abgeordnete immer auch Ausdruck von einem möglichst persönlichen Vertrauen sein sollte.*

*Kann man leeren Stühlen und nicht besetzten Listenplätzen vertrauen?*

*Ich meine: Nein!*

## Erstes Zwischenfazit

Halten wir mit Blick auf den Titel meines Vortrags als erstes Zwischenfazit fest,

- dass einiges im Wandel ist: das Klima, die Bedeutung des Klimawandels in der öffentlichen Wahrnehmung und im politischen Wettstreit, die Parteienvielfalt und die Anzahl der in unseren Parlamenten vertretenen Parteien.

Bitte nehmen Sie bis hierhin auch mit,

- dass manches davon – wahrscheinlich alles - nicht mehr umkehrbar ist. Auch in diesen Kontexten sind längst Kipppunkte erreicht.

Von einer „Wende“ im eigentlichen Sinne kann deshalb keine Rede mehr sein. Eine Wende anzustreben ist deshalb sowohl in Sachen Klimawandel als auch in Sachen politische Landschaft und Parteienspektrum nicht mehr realistisch.

Wir müssen uns deshalb – und das ist der dritte Punkt meines Zwischenfazits

- engagiert, dringend und mehr damit befassen, wie wir mit diesen unumkehrbaren Entwicklungen umgehen können.

Darauf möchte ich im Folgenden eingehen. Doch auch dafür macht es Sinn, dass wir das gemeinsame Verständnis von einigen zentralen Begriffen miteinander abstimmen.

## Begriffsbestimmungen – zweiter Teil

### ***Rechtsstaat und Verfassung***

Im deutschen Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) werden Parteien wie folgt definiert:

„Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen.“ (Parteiengesetz § 2, Abs. 1.)

In diesem Paragraphen und an mehreren anderen Stellen verweist das Gesetz auf Parlamente. Dabei handelt es sich um Verfassungsorgane – der Bundestag auf Bundesebene, der Landtag auf Landesebene. Parteien streben auf Bundes- und Landesebene demnach einen möglichst großen Einfluß auf die politische Willensbildung und auf die Entscheidungsprozesse eines Verfassungsorgans an.

### ***Verfassung***

Unsere Verfassung ist das Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 verabschiedet wurde. Konrad Adenauer (1876 - 1967), der spätere erste Bundeskanzler und weit mehr als ein Zeitgenosse von Eugen Bolz (1881 – 1945) sagte am Tag der feierlichen Unterzeichnung des Grundgesetzes:

„Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes: Heute wird die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewusst erlebt hat, der denkt bewegten Herzens daran, dass heute das neue Deutschland ersteht.“

Die meisten von uns, die wir heute hier versammelt sind, um Eugen Bolz zu gedenken, hatten das große Privileg, in diesem „neuen Deutschland“ und in einem bis heute schon über 80 Jahre anhaltenden Frieden aufwachsen und leben zu dürfen.

### ***Freiheitliche-demokratische Grundordnung***

Das Grundgesetz sichert uns aber noch weit mehr zu als unsere persönliche Freiheit. Es ist die rechtliche Basis für die Grundprinzipien und Wertevorstellungen, die wir zusammengefasst als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bezeichnen und auf der sich unsere liberale, rechtsstaatliche Demokratie entwickeln und bewähren konnte. Was darunter zu verstehen ist, findet sich im Artikel 21 des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu bereits 1952 konkretisierend ausgeführt:

„Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.“ (BVerfGE 2, 1, Ls. 2, 12 f.)

### ***Rechtsstaat***

Mir ist in diesem Zusammenhang der Hinweis ganz wichtig, dass Demokratie und Rechtsstaat nicht dasselbe sind. Wie einige von Ihnen wissen, habe ich einige Jahre in Venezuela gelebt – der ältesten Demokratie Lateinamerikas. Hugo Chavez und sein in diesen Tagen weltberühmt gewordener Nachfolger Nicolás Maduro sind durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen, nicht etwa durch einen Putsch oder andere Gewaltakte. Doch war Venezuela in meiner Wahrnehmung schon vorher kein Rechtsstaat, in dem seine Bürgerinnen und Bürger auf die Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz vertrauen durften – und weder Chavez, noch Maduro hatten jemals den Plan, das Land zu einem Rechtsstaat zu machen.

Äußere Kennzeichen eines Rechtsstaates sind

- ein allgemein verbindliches Recht, das alle in gleicher Weise schützt und verpflichtet - ausdrücklich auch die eigenen Staats- und Verfassungsorgane -
- und eine unabhängige Justiz.

Das Rechtsstaatsprinzip dient dem Schutz des oder der Einzelnen vor Willkür- und Gewaltherrschaft, nimmt uns alle in die Pflicht und setzt einen klaren rechtlichen Rahmen für unser Handeln.

Judikative und Exekutive arbeiten zusammen, um die Einhaltung dieses Rahmens zu überwachen und zu gewährleisten. So hat das Bundesverfassungsgericht u.a. die Aufgabe, das verfassungsmäßig bestimmte politische Leben in unserem Land, orientiert an den Maßstäben des Grundgesetzes, zu sichern.

Mit anderen Worten: das Grundgesetz setzt einen rechtlichen Rahmen, in dem wir uns – und in dem sich die Parteien bewegen können und dürfen. Es ist vereinfacht gesagt dafür da, den äußeren Rahmen unseres Rechtsraumes zu setzen und im Blick zu behalten.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und das Rechtsstaatsprinzip sind die beiden ganz wesentlichen Pfeiler unserer Werteordnung. Sie geben damit die Werte vor, nachdem unser Gemeinwesen organisiert ist.

### **Extremismus**

Die Definition des Begriffs einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die ich vorhin zitiert habe, stammt im Wesentlichen aus einem Urteil im Jahre 1952 eben dieses höchsten Gerichts. Schon so früh musste es sich nämlich mit der Frage befassen, ob eine Partei – es ging damals um die Sozialistische Rechtspartei (SRP) - verfassungsfeindlich ist oder nicht. Die Partei wurde verboten. Heute würde man sie vermutlich als „rechtsextrem“ bezeichnen.

Das zeigt, dass die Debatte darüber, was politisch extrem ist, älter ist als die politische Befassung mit dem Klimawandel. Der Begriff „Extremismus“ hat aber erst in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Eingang in den behördlichen Sprachgebrauch gefunden. Eine eindeutige Definition des Begriffs gibt es bis heute nicht. Er bleibt umstritten. Der gemeinsame Nenner der verschiedenen Auffassungen ist jedoch, dass extremistische Bestrebungen, extremistisches Verhalten und Handeln unser Grundgesetz als verbindlichen Rahmen und als Basis unserer Werteordnung in Frage stellen und damit geeignet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bedrohen oder gar zu beschädigen.

Vor den 70er Jahren sprach man vor allem vom „Radikalismus“. Die Parteien haben sich mit ihren Programmen und in ihrem Handeln auf einer Achse zwischen radikal rechts und radikal links bewegt, aber immer innerhalb des von der Verfassung gesetzten Rechtsrahmens. Vor dem Hintergrund der noch ganz frischen eigenen Erfahrungen mit der nationalistischen Gewaltherrschaft hat man im jungen Deutschland zunächst besonders darauf geachtet, dass dieser verbindliche Rahmen und unsere Werteordnung am rechten Rand nicht überschritten werden. Rückblickend war man damals „auf dem linken Auge blind“. Das änderte sich spätestens in den 60er und 70er Jahren wegen der Studentenunruhen und durch die grausamen Gewalttaten der Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF). In dieser Zeit wurde deutlich, dass es in unserer Bevölkerung auch am linken Rand Entwicklungen geben kann, die die gültigen Regeln nicht nur in Frage stellen, sondern ignorieren und bedrohen. Die selektive „Erblindung“ wechselte danach auf das rechte Auge.

Man nahm in der Politik, in den Behörden, in der Justiz und in der gesamten Bevölkerung nun wahr, dass es (leider) auch Personen und Organisationen in unserem Land gibt, die sich in unserem Bild einer Sortierung von links und rechts ganz oder teilweise außerhalb des Rahmens des Grundgesetzes bewegen. Man hat die gedankliche Achse, die bisher von rechtsradikal bis linksradikal reichte, jeweils nach außen um die Spektren des Rechts- und des Linksextremismus verlängert.

*Auch dazu möchte ich (m)eine persönliche Anmerkung machen und wieder bemühe ich dafür meine Zeit in Venezuela:*

*Hugo Chavez kam, wie ich bereits sagte, 1999 durch demokratische Wahlen an die Macht. Das hat er übrigens mit Adolf Hitler und anderen Gewaltherrschern gemeinsam und sollte uns alarmieren.*

*Bevor er aber die Mittel und Möglichkeiten der Demokratie dafür nutzte, um seine Ziele zu erreichen, hat er 1992 einen Putschversuch unternommen, der jedoch gescheitert ist.*

*Chavez war zu dieser Zeit Soldat im Offiziersrang eines Oberstleutnants. Seine Überzeugung und auch seine spätere Politik als Staatspräsident war jedoch marxistisch geprägt und orientierte sich am Kuba Fidel Castros.*

*Ein putschender Offizier würde in unserem Denken vermutlich eher als rechtsextrem gelten, ein Marxist dagegen als linksextrem.*

Dieses Beispiel und die aktuelle Debatte über ein mögliches Parteiverbotsverfahren gegen die AfD zeigen: So einfach ist die Welt nicht (mehr)! Auch bei uns nicht. Extremistisch orientierte Organisationen und Parteien haben, bevor sie selbst an die Macht kommen, ein Standbein noch innerhalb der Werte- und Grundordnung unserer Verfassung, vertreten damit allenfalls radikale, aber noch legale Positionen und manchmal schaffen sie sogar den Spagat bis in der Mitte des Meinungsspektrums unserer Gesellschaft. Mit dem anderen Bein stehen sie aber deutlich außerhalb.

Schon diese Aufstellung – diese Breitbeinigkeit – macht es so schwer, sie zutreffend und umfassend einzuschätzen. Erschwerend kommt hinzu, dass sie durch häufiges und geschicktes Verlagern ihres Gewichts von ihrem verfassungsfeindlichen Bein auf das verfassungskonforme den Schutz und die Freiheit unserer Verfassung und unserer Werteordnung für ihre Ziele nutzen, die zum Teil außerhalb dieses Rahmens liegen.

## Zweites Zwischenfazit

Als zweites Zwischenfazit meiner Ausführungen halte ich deshalb fest,

- dass die lineare, eindimensionale Einteilung unserer politischen Landschaft in links und rechts nicht ausreicht,
- dass es im politischen Diskurs meines Erachtens durchaus legitim ist, im eigenen Interesse radikale Positionen einzunehmen,
- aber eben nicht extremistische, verfassungsfeindliche Positionen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen
- und dass Parteien, die sich sehr nahe an den vorgegebenen Rändern des geltenden rechtlichen Rahmens und unserer Werteordnung bewegen, entweder immer wieder Gefahr laufen, diese Grenzen zu überschreiten, das billigend in Kauf nehmen oder es ganz bewusst und aktiv tun – nicht selten, indem sie, um an die Macht zu kommen, ausgerechnet die Rechte und den Schutz unsere Demokratie nutzen, die sie später einschränken oder abschaffen wollen.

Da ich mich mit komplexen Zusammenhängen immer leichter tue, wenn ich sie mir stark vereinfachend bildlich vorstelle, danke ich an dieser Stelle dem Straßenbauamt des Landkreises Tübingen ganz herzlich für eine Leihgabe, die Sie alle kennen – das Verkehrszeichen 205 für „Vorfahrt gewähren“, das ich für meine Zwecke allerdings gedreht habe.



So ungefähr stelle ich mir nämlich unser Gemeinwesen vor: Innerhalb eines solchen Rahmens dürfen wir uns bewegen und dürfen sich auch Parteien bewegen. Und innerhalb dieses verbindlichen Rahmens sind wir in unseren Rechten geschützt.

Mir ist klar, dass das Bild stark vereinfachend ist. Vermutlich handelt es sich bei unserem Gemeinwesen auch nicht um ein gleichseitiges Dreieck. Aber das Bild zeigt immerhin,

- dass wir uns in einem beachtlichen Freiraum bewegen, darin frei äußern und agieren dürfen,
- dass es aber auch klare rote Linien gibt, deren Überschreiten wir nicht zulassen dürfen
- und dass man durchaus auch an anderen Stellen, als ganz rechts und ganz links, zu weit gehen kann.

Solche Überschreitungen sehe ich aktuell auf der, leider nicht ganz so verbindlich und rechtssicher geregelten, internationalen Bühne: Da ignoriert ein demokratisch gewählter Präsident internationales Recht, pfeift auf international bewährte Konventionen und setzt seine Interessen gegebenenfalls mit Gewalt durch.

Präsident Donald Trump übertritt ein ums andere Mal rote Linien, droht sogar Freuden und Verbündeten mit Gewalt, die sich in Davos dankbar vor ihm verneigen, weil er ihnen die angedrohten Prügel, nun doch nicht erteilen möchte. Vorerst. Nach meinem Dafürhalten ist er in diesem Sinne ein Extremist. Er überschreitet die roten Linien unserer internationalen Werteordnung.

In der Vorbereitung dieses Vortrags bin ich auch hie und da auf die Forderung oder den Vorschlag gestoßen, dass man dem Links- und dem Rechtsextremismus etwas entgegensetzen solle, indem man einen „Extremismus der Mitte“ entwickelt. Ich finde diesen Denkanstoß gefährlich, weil Extremisten zwar nicht zwingend immer außerhalb unserer Rechtsordnung stehen, die roten Linien aber ohne zu zögern überschreiten, wenn es ihnen dient. Insofern muss ich dem Bundesinnenminister recht geben, wenn er im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Stromversorgung in Berlin von „Klima-Extremisten“ spricht.

Vielleicht sollten auch und gerade die Parteien, die mit beiden Füßen fest auf der Basis unseres Grundgesetzes und unzweifelhaft zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, aber wieder den Mut haben, ihre profilgebenden Positionen „radikaler“ – im Sinne von deutlicher zu vertreten. Und vielleicht sie und wir alle in diesem Sinne – also im Sinne von respektvoll, klar und deutlich, ohne gegen Gesetze zu verstoßen und Rechte anderer zu verletzen - öfter mal radikal sozial, radikal liberal, radikal ökologisch, radikal konservativ, radikal feministisch und radikal menschlich sein.

Der Freiraum in der „berühmten Mitte“, den unsere Grundordnung lässt - das zeigt auch dieses Bild sehr schön -, ist groß und er ist groß genug, um sich auch innerhalb der Grenzen, unserer Gesetze und unseres Wertesystems klar voneinander abgrenzen zu können - und zwar so,

dass man die die Unterschiede auch ohne „Brandmauern“ gut erkennen kann. Wenn in der Mitte die Unterschiede verschwimmen, die Parteien nur einen kleinen Teil der großen Fläche bespielen, überlassen sie das Feld den Extremen. Und wenn diese Feldanteile zu groß werden, erreicht man von dort aus auch die Mitte...

Der Klimawandel eignet sich als Thema insbesondere für die Parteien, die fest auf den Boden unserer Verfassung stehen, um Unterschiede deutlich zu machen. Er ist nämlich – das wurde mir in meiner Vorbereitung auf den heutigen Abend klar – nicht geeignet, um extreme politische Positionen vereinfachend plakativ oder beschönigend zu begründen. Warum das ich das so einschätze? Darauf werde ich nun abschließend eingehen:

## Klimawandel und Extremismus

Nachdem ich Ihnen nun alle Begriffe und meine Arbeitsdefinitionen dazu erläutert habe, die mir im Kontext „Klimawandel und Extremismus“ wichtig sind, werde ich diese „Zutaten“ nun, in meinem abschließenden Vortragsteil zusammenbringen.

Der Klimawandel ist eine nicht mehr umkehrbare und deshalb für die Menschen unausweichliche Gefahr. Gefahren können Angst machen – und obwohl wir alle wissen, dass Angst ein schlechter Berater ist, verändern Ängste unsere Sicht auf die Dinge, unsere Meinung über die Dinge und führen in der Folge mitunter zu einem sich verändernden Willen. Da Parteien nicht nur das Ziel, sondern auch die wichtige Aufgabe haben, sich in die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger einzubringen, setzen sie als Vehikel auch die Ängste der Menschen ein.

Der Klimawandel ist nicht die einzige disruptive Herausforderung vor der wir als Gesellschaft stehen. Das gilt z.B. auch für die Digitalisierung und für den Siegeszug der Künstlichen Intelligenz (KI). Auch früher gab es schon solche angsteinflößenden oder zumindest besorgniserregenden Entwicklungen. Einige davon haben die meisten von uns sogar miterlebt und aller Sorgen zum Trotz gut überstanden. Ich denke an die Entwicklung von elektronischen Taschenrechnern, die von Mobiltelefonen, an die Robotik und die zunehmende Automatisierung in fast allen Lebensbereich, an die Entwicklung und Öffnung des Internets, an die Satellitentechnologie mit all ihren Möglichkeiten und neue Kommunikationsformen.

Weil uns diese und andere Entwicklungen zunächst Angst gemacht haben, waren sie immer wieder Anlass für drastische Formulierungen und Forderungen in der Politik, für die eine oder andere Über-Reaktion und führten – rückblickend – auch mal zu Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Deshalb sind angstmachende Entwicklungen und Herausforderungen eigentlich auch ein attraktives Narrativ für Extremisten.

- Sie machen Angst und erleichtern damit die Veränderung der Meinungen.
- Sie sind komplex, können nicht einfach und auch nicht schnell gelöst werden. Selbst plumpe Behauptungen können deshalb erst spät wirklich überprüft
- und die von Parteien vorgeschlagene Lösungswege deshalb weder als ganz sicher angenommen, noch als ganz falsch entlarvt werden.

Nicht alle der genannten Herausforderungen eignen sich für jede Form des Extremismus. Stark vereinfachend kann angenommen werden, dass Personen, die sich von radikal rechten und rechtsextremistischen Positionen angezogen fühlen, eher darum geht, ihren Anteil an einem mutmaßlich schrumpfenden Wohlstandskuchen unserer Gesellschaft zu sichern und jenen, die mit drastischen oder linksextremistischen Positionen sympathisieren, darum, sich einen größeren Anteil an einem wahrscheinlich wachsenden Wohlstandskuchen zu sichern. Der Extremismus auf der rechten Seite argumentiert deshalb auffallend oft damit, dass Forderungen und Ansprüche anderer ungerechtfertigt und abzuwehren seien. Es geht um Verlustängste. Der Linksextremismus argumentiert dagegen, dass die derzeitige Wohlstandverteilung nicht gerecht sei. Hier geht es um die Angst, noch mehr vom Wohlstand ausgeschlossen zu werden und darum, dass die Schere zwischen arm und reich noch größer werden könnte.

In diesem Sinne ließe sich der Klimawandel von beiden Extremen nutzen. Tatsächlich sind die Parteien an den politischen Rändern damit jedoch erstaunlich zurückhaltend. Ich kann nur mutmaßen, warum das so ist: Für Linksextreme sind die beängstigenden Veränderungen unseres Klimas vermutlich nicht schnell genug. Sie wirken nicht so schnell in ihre klassischen Politikfelder hinein, dass die kollektive Angst zu einer spürbaren persönlichen Angst vieler wird. Die Wirtschaft und das Beschäftigungssystem können sich – anders als die eher träge Natur – recht gut an die hohe Dynamik des Klimawandels anpassen. Deshalb sind die Digitalisierung und die KI an diesem politischen Rand die politisch attraktiveren und aussichtsreicheren Narrative. Schaut man sich die (Wahl-)Programme linksextremistischer Parteien und Gruppierungen an, stellt man fest, dass sie weitgehend darauf verzichten, den Klimawandel für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Anders liest sich das in den Programmen der AfD, die sie inzwischen statt Wahl- oder Parteiprogramm „Regierungsprogramm“ nennt. Sie nutzt den Klimawandel und seine Dynamik subtil als „Angstmacher“, obwohl sie ihn an anderer Stelle und/oder in politischen Reden auch leugnet. Das Leugnen bleibt jedoch diffus: Es wird nicht klar, ob sie die Veränderung des Klimas an sich oder den menschlichen Einfluss daran in Frage stellt. Diese Unterscheidung ist für den Zweck, den die Partei damit zu verfolgen scheint, nicht allzu relevant: Sie nutzt das Thema nämlich vor allem dafür, Maßnahmen der aktuellen politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger als wirkungslos, unnötig und falsch zu brandmarken.

Und sie leugnet den Klimawandel, weil es ihre Behauptung stützt, dass sich hilfeschuchende Menschen aus anderen Ländern nicht deshalb auf den beschwerlichen Weg zu uns machen, ihr Leben riskieren, ihre Lieben zurück- und sich auf das hohe und völlig unkalkulierbare Risiko einer Flucht einlassen, weil sie extreme Wetterereignisse, der fortgeschrittene Klimawandel und gewaltsame Auseinandersetzungen um elementare Lebensgrundlagen zu dieser Entscheidung gezwungen haben, sondern dass sie das lediglich aus wirtschaftlichen Erwägungen tun würden. Das ist menschenverachtend.

Wer der Wissenschaft folgt und nicht den Leugnern, kann nicht ignorieren, dass der Klimawandel und seine Folgen zuerst und deutlicher die Menschen im globalen Süden betreffen. Nicht etwa, weil dort die Veränderungen stärker oder die Dynamik höher wären, sondern weil dort schon die aktuellen Lebensbedingungen nur wenig „Puffer“ für eine Reaktion lassen.

Dort geht es nicht um wegfliegende Dachziegel, sondern ums nackte Überleben. Dort wo die AfD den Klimawandel für ihre Zwecke instrumentalisiert, verwendet sie den Begriff im Sinne eines „Plastikwortes“ und drückt sich damit um eine klare Positionierung. Außerdem kann die AfD, indem sie den Klimawandel leugnet, leicht darauf verzichten, Maßnahmen gegen seine Dynamik und für unseren Umgang mit den Folgen des Klimawandels vorzuschlagen. Das ist bequem und bestärkt alle, die diese Herausforderung ob ihrer schieren Größe lieber ignorieren (wollen).

*Und hier noch (m)eine dritte persönliche Anmerkung:*

*Ist Ihnen aufgefallen, dass Donald Trump den Klimawandel immer wieder deutlich leugnet, bei seinem Grönlandbegehren aber unter anderem mit der strategischen Bedeutung der durch das Schmelzen der Eismassen freiwerdenden Nordwest-Passage und der Transpolaren See-Route argumentiert?*

## Fazit

Ich komme zum Fazit. Um dieses kurzhalten zu können, greife ich nochmal auf die Amtshilfe des Straßenbauamtes zurück und zeige Ihnen nun dieses Verkehrszeichen mit der schönen Nummer 123. Es zeigt für mich symbolisch,

- dass wir innerhalb der Werte- und Rechtsordnung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht ohnmächtig sind. Wir dürfen und sollten ständig an Veränderungen und Anpassungen arbeiten,
- dabei aber selbstverständlich immer den Rechtsrahmen beachten und respektieren.
- Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat sind weder statisch, noch gottgegeben. Sie müssen aktiv gepflegt und geschützt werden.
- Das Ignorieren und Leugnen von Problemen und Herausforderungen löst diese nicht und kostet wertvolle Zeit, die wir besser nutzen können und sollten.



- Wer ignoriert, denkt nicht. Wer nicht denkt, nur kopiert und geduldigem Papier vertraut, macht nicht mal Denkfehler, sondern „Nicht-Denkfehler“. Die sind auf der Suche nach Lösungen – im gesellschaftlichen Diskurs völlig wert- und wirkungslos.
  - Dasselbe gilt in einer funktionierenden Demokratie auch für Protestvoten und das Nicht-Wählen.
  - Der gesellschaftliche Diskurs und seine Rückkopplung mit dem Diskurs in der Wissenschaft sind wichtiger denn je, denn
- der Klimawandel ist weder aufzuhalten, noch umkehrbar, aber er ist noch zu bremsen – auch, wenn die Bremswirkung erst langfristig eintreten wird. Das könnte uns immerhin wichtige Reaktionszeit verschaffen.
  - Kurzfristig – also sofort! – können und müssen wir unsere Bemühungen und Aktivitäten deutlich steigern, uns auf die schon deutlich spür- und sichtbaren und auf die absehbaren Folgen des Klimawandels einzustellen.

- Weil gute Antworten auf die Herausforderungen ihren Ursprung oft in den Ecken haben – also aus zunächst radikalen Überlegungen kommen -, sollten wir diese nicht ignorieren, sondern integrieren und so innerhalb der roten Linien gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen.
- Dabei und auch ganz grundsätzlich sind Kompromisse keine Niederlagen, sondern Ergebnisse einer respektvollen Auseinandersetzung.
- Wir haben es bisher geschafft, mit zahlreichen Herausforderungen umzugehen, deren Bewältigung uns zunächst Angst gemacht hat. Wenn wir es anpacken, statt es zu ignorieren, werden wir auch mit den Folgen des Klimawandels umzugehen lernen und dafür gute Lösungen finden.

Ganz zum Schluss möchte ich noch meiner festen Überzeugung Ausdruck verleihen, dass man niemanden umarmen sollte, der oder die sich auf einem schmalen Grat bewegt und dabei mal das eine und dann wieder das andere Bein belastet. Das ist riskant.

Es ist meiner Ansicht nach auch nicht möglich, jemanden nur teilweise zu umarmen und ich glaube auch nicht daran, dass sich Parteien, die in Verdacht stehen extremistisch zu sein, „entzaubern“ lassen, wenn sie in Regierungsverantwortung kommen. Darauf haben auch die Demokraten der jungen Weimarer Republik gehofft.

Welchen Rat würde uns Eugen Bolz heute wohl geben?

Damit überlasse ich Sie jetzt gerne Liselotte Schweitzer und der Musik

und

bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.